



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten **Dezember 2016**



Der Senat wird es schon richten?

Es ist an der Zeit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an der Charité!

✚ Auch in diesem Jahr hat die Kraft noch nicht ausgereicht, die ungleiche Bezahlung zwischen den Beschäftigten, die direkt bei Charité angestellt sind, und denen der CFM zu beenden. Viele der 2800 CFM-Mitarbeiter bekommen mehrere Hundert Euro weniger als diejenigen, die unter den Tarifvertrag der Charité fallen.

ver.di fordert daher den Charité-Tarifvertrag auch für die CFM-Beschäftigten - dafür hatten die CFM Beschäftigten auch schon gestreikt. Das würde ca. 28 Millionen Euro im Jahr kosten - also eine durchaus überschaubare Summe. Und im Vergleich mit den Kosten des neuen Berliner Flughafen, dem Stadtschloss-Projekt oder anderen Prestigeobjekten eher »Peanuts«, um ein geflügeltes Wort von Hilmar Kopper zu zitieren. Es fehlt

also anscheinend der politische Wille, hier gleiche Arbeitsbedingungen auch bei der Tochtergesellschaft herzustellen. Die Vermutung liegt nahe, dass man den Konflikt mit den privaten Gesellschaftern der CFM scheut und deren Profite nicht beschneiden will. Profit Privater schlägt Beschäftigtenwohl. Eine der Folgen der Privatisierung der Daseinsvorsorge.

Zudem wirft ver.di laut Tagesspiegel der CFM vor, Leiharbeiter als Streikbrecher eingesetzt zu haben, was rechtlich unzulässig wäre. Die CFM-Leitung behauptete, sie habe keine Leiharbeiter, sondern verstärkt Leute mit Werkvertrag eingesetzt - und zwar wegen der Sanierungsarbeiten und natürlich nicht wegen etwaiger Streiks. Der Betriebsrat der CFM geht hingegen in mehr als 30 Fällen von

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Welches Gesundheitssystem brauchen wir?

Beratung der DKP zum Gesundheitswesen

Der Personalmangel in den Krankenhäusern und der Widerstand dagegen gehören inzwischen zum Alltag in Deutschland. Vor diesem Hintergrund findet auf Initiative der Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beim Parteivorstad der DKP am 10. Dezember in Essen ein Branchentreff Gesundheitswesen statt.

Wie der Stand der Auseinandersetzung um die Personalbemessung ist und die Frage, wie die interessierten Genossinnen und Genossen sich vernetzen können, sind dabei die zentralen Themen. Wie können die Kolleginnen und Kollegen kollektiv ihre Arbeitsbedingungen verbessern? Welches Gesundheitssystem bräuchten wir für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Versorgung der Patienten? Diese und weitere Fragen werden zu diskutieren sein.



Widerstand gegen CETA geht weiter!

*Fast hätten die Wallo-
nen ein NEIN Belgiens zu
CETA erzwungen.*

Die Hoffnung währte kurz - der Druck, der auf die Wal- lonen aufgemacht wurde, war immens und führte kurz darauf zu deren Einknicken. Nach der belgischen Eini- gung über CETA stellte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele fest: »Vor sieben Jahren haben die EU-Oberen ihre Geheimverhandlungen über CETA begonnen. Für die undemokratische Aushand- lung, wie dieses Abkommen im Sinne der Banken und Konzerne gestaltet werden sollte, hatten die EU-Oberen viel Zeit. (...) Für demokrati- sche Entscheidungen, für die Abstimmung in Parlamen- ten, hatte die EU keine Zeit eingeplant. Schon die kurze Verzögerung, die das wallo- nische »Nein« bedeutet hat, bewertet die Mainstream- Presse als Skandal. (...) Was bleibt ist: Die Mas- senproteste und die Ableh- nung eines Parlamentes hindern die EU-Kommission und die Regierungen der Großmächte in der EU noch nicht daran, ihre Politik durchzudrücken. Für uns als DKP heißt das: Wir werden daran mitarbeiten, den Wi- derstand gegen die asozialen Freihandelsabkommen zu verstärken, weiter zu organi- sieren und in die Betriebe zu tragen.«

**Bald werden wir wissen, was der Koalitionsver-
trag für die Zukunft von CFM und den Tochter-
gesellschaften bereit hält. Den Beschäftigten ist
zu wünschen, dass hier Wahlversprechen (Rück-
nahme von Outsourcing und mehr Geld ins Ge-
sundheitswesen) umgesetzt werden.**

» Fortsetzung von Seite 1
verdeckter Leiharbeit aus und klagt,
weil seine Mitbestimmungsrechte
nicht gewahrt wurden.

Dies soll unter anderem Thema bei den Koalitionsverhandlungen sein. Hier wird es auch um die mögliche Eingliederung der CFM in die Charite gehen. Vor der Wahl hatten sich Linke und Teile der Sozialdemokraten gegen Outsourcing ausgesprochen. Nun kommt die Nagelprobe. Schützenhil- fe erhielten die Beschäftigten in die- ser Frage erst mal von unerwarteter Seite. Mario Czaja (CDU), scheidender Gesundheitsminister, befürwor- tete gegenüber der Presse die Wieder- eingliederung der Tochterfirmen von Charité und Vivantes. So richtig diese Forderung auch ist, es bleibt Czajas Geheimnis, warum dies nicht in der letzten Legislaturperiode unter sei- ner Ägide passiert ist. Czaja sprach im Zusammenhang mit der möglichen Eingliederung von »einer intelligenten Haustarifstruktur«. Eine Formulierung, die einen abgesenkten Haustarifver- trag nicht gerade ausschließt. Etwas, was die Vivantes-Führung schon jetzt favorisiert statt einer richtigen Ein- gliederung unter Erhalt des Tarifni- veaus für alle.

Bald werden wir wissen, was der Ko- alitionsvertrag für die Zukunft von CFM und den Tochtergesellschaf- ten bereit hält. Den Beschäftigten ist zu wünschen, dass hier Wahlverspre- chen (Rücknahme von Outsourcing und mehr Geld ins Gesundheitswesen) umgesetzt werden. Aber auch bei ent- sprechenden Vereinbarungen im Ko- alitionsvertrag, sind weiterhin Druck

und Vorsicht geboten. Es wäre nicht die erste Koalitionsvereinbarung, die nicht umgesetzt würde. Ein funktionierendes Gesundheits- wesen mit einer guten Versorgung für alle und gute Arbeitsbedingungen sind nicht per Stimmzettel zu haben, sondern müssen durchgesetzt wer- den. Und das geht nur kollektiv und im Bündnis mit anderen.



Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft

*Liebe Leserin,
lieber Leser,*
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr -19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Rot-Rot-Grün: (K)Eine neue Politik in Berlin?

Die Koalitionsverhandlungen nach den Abgeordnetenhauswahlen sind beendet.

☛ Auf fast 180 Seiten formulieren die SPD, Die Linke und Bündnis90 – Die Grünen ihre Vereinbarungen für die nächsten fünf Jahre.

Da die SPD sich relativ gleichstarken Koalitionären gegenüber sieht, bestand zumindest in der medialen Öffentlichkeit die Hoffnung – genährt durch die vollmundigen Ankündigungen der letzten Jahre insbesondere durch Linke und Grüne – auf eine Veränderung der Politik in dieser Stadt.

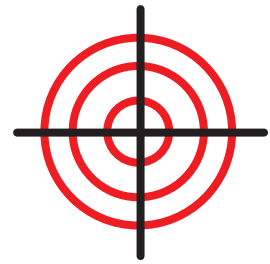
Keine Politikwende

Die Koalitionsvereinbarung setzt aber keine Zeichen auf eine Politikwende zugunsten mehr sozialer Gerechtigkeit oder einer anderen als der an der vermeintlichen Sachzwangslogik ausgerichteten Politik. Ein Maßstab zur Beurteilung können die Formulierungen zur Haushalts- bzw. Finanzpolitik des Landes sein. Wie Selbstverständlich verpflichten sich die Koalitionäre auf die weitere Konsolidierung der Finanzen der Stadt. Konkrete Maßnahmen konzentrieren sich nicht darauf, neue Einnahmen zu erschließen, sondern auf einen verstärkten Blick auf Steuerungsmaßnahmen des Finanzcontrollings. Die neue Koalition verzichtet auf Maßnahmen zur Erhöhung der Gewerbesteuer für Unternehmen oder der Grunderwerbsteuer. Der Einsatz für die Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene

durch den Senat ist bloßes geduldiges Papier. Damit stehen sämtliche Vorhaben für Investitionen oder Sozialpolitik unter den Finanzierungsvorbehalt. Andere Aussagen wie »Sozialausgaben besser steuern« lassen dann Raum für Befürchtungen, denn das Problem der Höhe von Sozialausgaben ist nicht die Fehlsteuerung, sondern die soziale Situation in dieser Stadt.

Fortschritte für die Charité und Vivantes?

Zwei der Koalitionspartner – SPD und Linke – sind maßgeblich für die Tarifflucht und Ausgliederung von Unternehmen aus dem Öffentlichen Dienst in prekäre Arbeitsbereiche während der letzten gemeinsamen Regierungszeit verantwortlich. Jetzt soll die Ausgliederung beendet werden und die Charité Facility Management wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Andere Ausgliederungen wie das Unternehmen »Berlin Transport« finden keine Erwähnung und auch die Vorstellung von »guter Bezahlung« in öffentlichen Unternehmen lässt deutliche Interpretationsmöglichkeiten zu. In Verbindung mit den vergangenen Erfahrungen und den angestrebten stärkeren Kooperationen zwischen Vivantes und der Charité oder der »Neuverhandlung« der Hochschulverträge der Charité, lässt die Zukunft nichts Gutes ahnen. Gewerkschaften und Sozialbündnisse müssen den Druck von unten erhöhen.



»Betriebsräte im Visier«

Betriebsräte gegen Union-Busting und Betriebsräte-Mobbing

Am 15. Oktober 2016 fand in Mannheim die 3. bundesweite Konferenz »Betriebsräte im Visier« statt. Die TeilnehmerInnen verfassten eine Entschlie-ßung, in der sie BR-Mobbing in Deutschland als einen wesentlichen Bestandteil der strategischen Gewerkschaftsbekämpfung geißelten.

Immer mehr Unternehmer versuchten, dadurch eine Interessenvertretung von Beschäftigten und gewerkschaftlichen Einfluss in Betrieben entweder zu verhindern oder – wenn bereits vorhanden – zu zerschlagen.

Dabei bedient man sich oft Anwälte und Berater, die BR-Mobbing anleiten und unterstützen. Das lassen sich Unternehmer gerne auch viel Geld kosten, denn sie wissen, was sie sparen, wenn Belegschaften ihre Arbeitsbedingungen nicht mehr kollektiv mit ihrer Gewerkschaft und Betriebsrat regeln können.

Die Konferenz stellte umfassende Forderungen an die Justiz, Unternehmen, Anwaltskammern und die Gewerkschaften auf, dagegen vorzugehen.

Zudem rief sie alle von BR-Mobbing betroffenen KollegInnen auf: Wehrt Euch! Leistet Widerstand! Fordert die Öffentlichkeit, Eure Gewerkschaften, politische Organisationen und die regionalen Solidaritätskomitees zur Solidarität auf!

Für Rosa & Karl!

Luxemburg-Liebkecht-Wochenende im Januar 2017

Es ist der wichtigste Jahresauftakt der linken und fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik: Die Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK), die von der Tageszeitung junge Welt am 14. Januar 2017 ausgerichtet wird. Das Thema »Gegen Rechts ist nicht genug - Sozialistische Alternativen erkämpfen« greift die beunruhigende gesellschaftlichen Rechtsentwicklungen auf und stellt die Frage, wie eine andere Gesellschaft ohne Kriege und soziales Elend errungen werden kann. Diskutieren dieses deutsche und internationale Gäste. Am nächsten Tag findet die traditionelle Luxemburg-Liebkecht-Demo statt. Sie wird in Gedenken an diese beiden Vorkämpfer gegen den Krieg und für eine sozialistische Gesellschaft ein Zeichen gegen die aktuelle Kriegsgefahr setzen.

RLK

Sa, 14. Januar 2017
 Mercure Hotel MOA
 Stephanstr. 41
 10559 Berlin
 Einlass ab 10 Uhr

LL-Demo

So, 15. Januar 2017
 10:00 Uhr U-Bahnhof
 Frankfurter Tor



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
 Landesorganisation Berlin
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dgp-berlin.info

Web: www.dgp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
 Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Tarifrunde Bahn

EVG fordert weniger Arbeitszeit und mehr Geld

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) wird in dieser Tarifrunde voraussichtlich in die Geschichte der Tarifpolitik eingehen. Nach einer Mitgliederbefragung zu den Forderungen für die Tarifrunde 2016/2017 mit über 15.000 Teilnehmern und bundesweit verteilten so genannten Tarifdialogen, sah sich die Tarifkommission mit sehr unterschiedlichen und etwa gleich verteilten Forderungen der Mitgliedschaft konfrontiert: Mehr Geld, weniger Arbeit, mehr Urlaub! Die Lösung war dann aber doch ganz simpel: Alles soll möglich sein!

Beschäftigte sollen wählen

Um diesen Unterschieden gerecht zu werden, sieht die Forderung der Eisenbahnergewerkschaft so aus: Ein Teil der Gehaltsforderungen wird gesplittet und die EVG Mitglieder sollen die Wahl haben zwischen 2,5 Prozent mehr Geld oder eine Stunde weniger Wochenarbeitszeit oder 6 Tage mehr Urlaub. Dazu kommen die Gehaltsforderung von 4,5 Prozent, sowie tarifvertragliche Regelungen zu den Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeit und Mietkostenzuschüsse für Auszubildende. Mit den Wahlmöglichkeiten hat die EVG schon in der letzten Tarifrunde gepunktet. Seit dem letztem Jahr haben die Beschäftigten kein Monatsgehalt im bekannten Sinne mehr, sondern können sich jedes Jahr neu entscheiden, wie sie

ihr Gehalt auszahlen lassen: in 12,5 oder in 13 Monatsraten oder jeden Monat die gleiche Summe. Mit diesen Erfahrungen im Hintergrund war die positive Resonanz auf die nun ungewöhnliche Forderung entsprechend.

Streikvorbereitungen

Die Deutsche Bahn AG ist »not amused« über diese Forderungen und begann, die Tarifrunde mit dem üblichen Schlechreden der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens. Interessant ist die Reaktion auf die Wahlmöglichkeit. So hat das Unternehmen weniger Probleme mit der einen Stunde Arbeitszeitverkürzung oder einer Wahlmöglichkeit, als mit der Forderung nach sechs Tagen mehr Urlaub. In Zeiten flexibler Arbeitszeitregelungen hat mehr Urlaub offensichtlich deutlichere Auswirkungen auf den Personalbestand.

Die EVG setzt aber klare Signale. Aufgrund der Kritik an der ewig langen Verhandlungsführung in der Vergangenheit wurde der Tarifkommission klar auf dem Weg gegeben: Das darf es nicht wieder geben! Die Tarifkommission beschloss vier Verhandlungstermine bis Mitte Dezember und dann muss das Ergebnis stehen. Um den Druck zu erhöhen, finden begleitend zu den Verhandlungen Streikschulungen statt. Betriebsräte und die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen bereiten sich aktiv vor, ihre Forderungen mit deutlicheren Signalen durchzusetzen.